

Niederschrift

**über die 30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 02.04.2025 um 17:00 Uhr, im
Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

stell. Vorsitz

Herr Rudolf Joseph FDP

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Peter Groß CDU

Herr Ramon Kimmel CDU

Frau Claudia Schlottmann CDU

Herr Kevin Schneider CDU

Herr Norbert Schreier CDU

Herr Tristan Zeitter CDU

für Herr Thomas Grün-
dahl

Frau Kimberly Lynn Bauer SPD

Herr Kevin Buchner SPD

für Frau Anabela Barata
ab TOP 2.1

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Herr Hans-Jürgen Weber SPD

Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen

Frau Lisa Didschuneit Bündnis 90/Die Grünen

Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen

Frau Susanne Vogel Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION

ab TOP 2.1

Herr Ernst Kalversberg Fraktionslos

für Herrn Darius Alexander
Behner

Sachkundige Bürger/innen

Herr Ben Juan Eisenblätter SPD

Herr Yorck-Peter Wolf Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dietmar Vocke AfD

ab TOP 2.1

Beiräte

Herr Raimund Meven Seniorenbeirat

Herr Dieter Englich Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Frau Birgit Kamer Stadt Hilden

Frau Sabine Waiss Stadt Hilden

Herr Martin Barnat Stadt Hilden

Herr Daniel Beier Stadt Hilden

Frau Karin Herzfeld Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anträge
- 2.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen v.14.03.2025; Erstellung eines Entsiegelungskonzeptes WP 20-25 SV
66/127
- 3 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes
- 3.1 Bericht über den Stand der Bauleitplanverfahren (Stand: Februar 2025) WP 20-25 SV
61/205
- 3.2 Bebauungsplan Nr. 261 für den Bereich Kirchhofstraße
- Entscheidung über den überarbeiteten städtebaulichen Entwurf WP 20-25 SV
61/100/2
- 3.3 Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Hilden: Großhülsen WP 20-25 SV
61/202
- 3.4 Teileinziehung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Hilden: Großhülsen WP 20-25 SV
61/203
- 3.5 Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Bahnlinie S 17 Opladen - Solingen - Düsseldorf WP 20-25 SV
61/206
- 4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 5.1 Anfrage der AfD-Fraktion - Querung der Benrather Straße in Höhe der Poststraße
- 5.2 Behindertenbeirat - Nachfrage zur Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2025

Eröffnung der Sitzung

Der stellv. Vorsitzende, Rm Joseph/FDP, eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter des Behinderten- und Seniorenbeirats und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse.

Er stellte die form-und fristgerechte Zustellung der Unterlagen fest.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungswünsche lagen nicht vor.

Einwohnerfragestunde

Der stellv. Vorsitzende unterbrach die Sitzung um 17:02 Uhr zur Durchführung der Einwohnerfragestunde.

Es wurden keine Fragen von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern gestellt.

Der stellv. Vorsitzende wies darauf hin, dass die Sitzung nochmals unterbrochen werde, wenn sich weitere Interessierte einfinden und Fragen stellen möchten, weil die Einwohnerfragestunde vorzeitig aufgerufen wurde.

Die Sitzung wurde um 17:03 Uhr fortgesetzt.

1 Befangenheitserklärungen

Sachk. Bürger Eisenblätter/SPD erklärte sich zum Tagesordnungspunkt 3.2 für befangen.

2 Anträge

2.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen v.14.03.2025; Erstellung eines Entsiegelungskonzeptes	WP 20-25 SV 66/127
-----	---	-----------------------

Rm Kehmeier/Grüne bedankte sich für die ersten Informationen der Verwaltung und erkundigte sich, ob die Verwaltung bereits alternative Ideen habe, welche Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms durchgeführt werden könnten.

Beig. Stuhlträger antwortete, dass seitens der Stadtverwaltung folgende Maßnahmen in Betracht gezogen werden und zurzeit eine erste Prüfung der Förderrichtlinien stattfindet:

- a) Entsiegelung und Begrünung von Verkehrsinseln auf städtischen und klassifizierten Straßen im Stadtgebiet basierend auf dem seinerzeitigen Antrag der FDP-Fraktion
- b) Neubau und Weiterentwicklung der Grünanlage hinter dem Weiterbildungszentrum „Altes Helmholtz“

- c) Neubau und Gestaltung von Spielplätzen als multifunktionalen Hochwasser-Retentions-Flächen
- d) Sanierung und naturgerechte Umgestaltung der Grünanlage Holterhöfchen

Sofern eine Fördermöglichkeit gegeben sei, beabsichtige die Stadtverwaltung, die Anträge auch ohne Beschlussfassung durch die politischen Gremien zu stellen.

Rm Reffgen/BA erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zustimme und begrüße, dass die Verwaltung entsprechende Förderanträge stelle. Durch die hohe Siedlungsdichte sei Hilden prädestiniert für eine Förderung. Er regte an, auch Fördermöglichkeiten für die Entsiegelung der Schulhöfe zu prüfen.

Rm Schneider/CDU begrüßte, dass die Verwaltung hier bereits tätig geworden sei. Die CDU-Fraktion könne dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen, da ein gesamtstädtisches Entsiegelungskonzept zu allgemein sei. Wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag auf Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms beschränke, werde die CDU-Fraktion zustimmen.

Beig. Stuhlträger wies darauf hin, dass die Umgestaltung und Entsiegelung der Schulhöfe sehr kostenintensiv sei und den Förderrahmen sprengte.

Rm Reffgen/BA meinte, dass die Standards für Baumaßnahmen in Anbetracht der Haushaltslage heruntergeschraubt werden sollten.

Rm Kehmeier/Grüne erklärte für ihre Fraktion, dass der Antrag zurückgezogen werde, wenn die Zusage der Verwaltung protokolliert werde, dass die Verwaltung über das Ergebnis ihrer Prüfung in der nächsten Sitzung berichten werde.

Da Beig. Stuhlträger einen mündlichen Bericht zusagte, wurde der Antrag zurückgezogen.

Antragstext:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Förderantrag im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) zur Erstellung eines gesamtstädtischen Entsiegelungskonzepts zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen

3 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes

3.1	Bericht über den Stand der Bauleitplanverfahren (Stand: Februar 2025)	WP 20-25 SV 61/205
-----	---	-----------------------

Rm Kehmeier/Grüne erkundigte sich nach dem Normenkontrollantrag zum Bebauungsplan 103, 3. Änderung und bat um Erläuterung, wie mit der Prioritätenliste verfahren werden. Ebenso interessierte sie der Sachstand zum Bebauungsplan Nr. 266, da die Veränderungssperre ausgelaufen sei. Sie beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Einzelabstimmung der Prioritätenliste, da den Nr. 4, 5 und 9 nicht zugestimmt werde.

Rm Reffgen/BA unterstützte für die Fraktion Bürgeraktion den Antrag, da der Nr. 5 nicht zugestimmt werde. Im Bereich der Hofstraße hätte eine straßenbegleitende Bebauung längst umge-

setzt werden können.

Rm Buchner/SPD erklärte für die SPD-Fraktion, dass die Priorisierung der Bauleitplanverfahren ausdrücklich begrüßt werde. Die SPD-Fraktion werde allen Projektpriorisierungen zustimmen. Es sei ihm unverständlich, dass der Bebauungsplan Nr. 139A (Nr. 5) auch weiterhin in Frage gestellt werde. Es sei das einzige Projekt in der derzeitigen Legislaturperiode, bei dem die WGH sozialen Wohnungsbau realisiere und habe damit auch weiterhin Priorität.

Beig. Stuhlträger erklärte, dass ursprünglich zwei Normenkontrollanträge bezüglich des Bebauungsplanes 103, 3. Änderung eingereicht wurden. Nach Durchführung des Heilungsverfahrens habe die benachbarte Firma ihre Klage zurückgezogen. Das Klageverfahren einer Anliegerin sei bisher nicht abgeschlossen. Weiter führte er aus, dass die Prioritätenliste ein Mittel der Konfliktsteuerung darstelle. Die Bearbeitung der Bebauungspläne dieser Liste habe Vorrang vor den weiter anhängigen Bauleitplanverfahren. Beim Bebauungsplan Nr. 266 sei man noch im Gespräch mit dem Kläger.

Rm Joseph/FDP informierte, dass die FDP-Fraktion der Nr. 5 nicht zustimme.

Beig. Stuhlträger schlug vor, die Nr. 1 bis 3, sowie 6 bis 8 gemeinsam und die Nr. 4, 5 und 9 getrennt abzustimmen.

Dem Vorschlag folgten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über den Stand der Bauleitplanverfahren der Stadt Hilden zur Kenntnis.
2. Er beschließt, dass im Jahr 2025 folgende Bauleitplanverfahren von der Stadtverwaltung mit Vorrang bearbeitet werden sollen:
 1. 54. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich Furtwänglerstraße/Hoxbach
 2. 55. Änderung des FNP für den Bereich Salzmannweg/Bruchhauserweg
 3. Bebauungsplan Nr. 59A für den Bereich Furtwänglerstraße/Hoxbach
 4. Bebauungsplan Nr. 106C für den Bereich Gerresheimer Straße
 5. Bebauungsplan Nr. 139A für den Bereich Hofstraße 150 inkl. Hintergelände
 6. Bebauungsplan Nr. 165A für den Bereich Walder Straße/Kirchhofstraße
 7. Bebauungsplan Nr. 177A für den Bereich Salzmannweg/Bruchhauser Weg
 8. Bebauungsplan Nr. 248 für den Bereich Ohligser Weg/Narzissenweg
 9. Bebauungsplan Nr. 267 für den Bereich Schalbruch/Westring

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1

Zur Kenntnis genommen

Ziffer 2

Nr. 1, 2, 3, 6, 7 und 8

Einstimmig beschlossen

Nr. 4

Mehrheitlich beschlossen mit

14 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, Herr Kalversberg)

- 6 Nein-Stimmen (Grüne, AfD)
1 Enthaltung (BA)

Nr. 5

Mehrheitlich beschlossen mit

- 14 Ja-Stimmen (CDU, SPD, AfD, Herr Kalversberg)
7 Nein-Stimmen (Grüne, FDP, BA)

Nr. 9

Mehrheitlich beschlossen

- 15 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, AfD, Herr Kalversberg)
6 Nein-Stimmen (Grüne, BA)

3.2	Bebauungsplan Nr. 261 für den Bereich Kirchhofstraße - Entscheidung über den überarbeiteten städtebaulichen Entwurf	WP 20-25 SV 61/100/2
-----	--	-------------------------

An der Beratung und Beschlussfassung nahm sachk. Bürger Eisenblätter nicht teil, da er sich für befangen erklärt hatte.

Rm Didschuneit/Grüne erklärte für ihre Fraktion, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt werde. Positiv zu bewerten sei, dass die neue Planung die Errichtung von Mehrfamilienhäusern vorsehe und auf Doppelhäuser verzichte. Sie regte an, die Mehrfamilienhäuser um ein Geschoss zu erhöhen.

Rm Reffgen/BA stellte für die Fraktion Bürgeraktion folgenden Ergänzungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob planerische Überlegungen zur Schaffung einer neuen Rad- und Fußwege-Verbindung zwischen Pungshausstraße und Kirchhofstraße entlang der Bahnlinie in das Bauleitplan-Verfahren zum Bebauungsplan 261 einbezogen werden können.

Begründung:

Bei dem Prüfauftrag geht es darum zu untersuchen, ob in naher Zukunft oder optional zu späterem Zeitpunkt vor allem eine schnelle, durchgängige Radwegeverbindung von Ohligs und Hilden-Ost über den Theodor Storm Weg, die Grünstraße, die Pungshausstraße und in der Verlängerung der Pungshausstraße zwischen Bahnlinie und Hauptfriedhof bis in die Innenstadt (Hagelkreuzstraße) möglich ist, bzw. die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können. Dem Bebauungsplan 261 könnte bei solchen Überlegungen eine Schlüsselrolle zufallen. Deshalb halten wir im Vorfeld weiterer planerischer Aktivitäten den Zeitpunkt für günstig, entsprechende Untersuchungen in das Beratungsverfahren einzubeziehen.

Ergänzende Anmerkung: Die Veloroute VR1 ist auf Hildener Gebiet entlang der Baustraße, nicht nur für die Schüler des Helmholtz-Gymnasiums, mehr als eine Zumutung - von Verkehrssicherheit kann man hier nicht sprechen.“

Rm Buchner/SPD begrüßte für die SPD-Fraktion die Fortführung des Planverfahrens. Da die Anregungen aus den bisherigen Beratungen in dem neuen Entwurf berücksichtigt seien, werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen, den Ergänzungsantrag der Fraktion Bürgeraktion jedoch ablehnen, da die Grünfläche auf dem Grundstück Kirchhofstr. 73 erhalten werden solle.

Rm Reffgen/BA vertrat für seine Fraktion die Auffassung, dass die Planung in die richtige Richtung gehe. Das Verkehrskonzept zur Ausfahrt sei verbesserungswürdig, da für Linksabbieger schlechte Sichtverhältnisse bestehen.

Rm Groß/CDU erwiderte, dass diese Situation für alle Grundstücksausfahrten in diesem Bereich bestehe.

Rm Kehmeier/Grüne schlug Rm Reffgen/BA vor, den Antrag nicht an das Bauleitplanverfahren zu koppeln. Die Prüfung sei an sich sinnvoll. Eine Zustimmung seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne in Anbindung an das Bauleitplanverfahren jedoch nicht erfolgen.

Dem widersprach Rm Reffgen/BA, weil das Plangebiet für die Radwegeverbindung eine Schlüsselrolle spiele. Die Verkehrsflächen sollten im Bebauungsplan ausgewiesen werden. Eine höhere Geschossigkeit werde von der Fraktion Bürgeraktion abgelehnt.

Beig. Stuhlträger führte aus, dass eine höhere Geschossigkeit entlang der Kirchhofstraße aus seiner Sicht nicht vertretbar sei. Die bestehende Nachbarbebauung müsse berücksichtigt werden. Die vorhandenen Altbauten wiesen eine geringere Höhe aus. Auch im Hintergelände sei eine höhere Geschossigkeit unter Berücksichtigung der Nähe des Friedhofsgeländes nicht verträglich. Der vorliegende städtebauliche Entwurf stelle nach seiner Einschätzung die oberste Grenze des möglichen Bauvolumens dar. Die Forderung, eine Radwegeverbindung einzuplanen, könne dem Investor nicht zusätzlich zugemutet werden. Nur ein Teil des Bebauungsplangebiets sei in seinem Eigentum. Trotzdem musste er die Planung für den gesamten Bereich durchführen und finanzieren. Außerdem müsse er noch 30 % seiner geplanten Wohnfläche als öffentlich geförderten Wohnraum anbieten.

Rm Joseph/FDP erklärte, dass die FDP-Fraktion die Fortführung des Bauleitplanverfahrens begrüßt, damit das Grundstück einer Entwicklung zugeführt werde. Hilden benötige auch freifinanzierten Wohnraum.

Auf Nachfrage von sachk. Bürger Vocke wies Beig. Stuhlträger darauf hin, dass es sich um einen Angebotsbebauungsplan handle. Der Investor werde nur sein Grundstück bebauen. Wann und in welchem zulässigen Rahmen die restlichen Grundstücke bebaut werden, entscheiden die jeweiligen Grundstückseigentümer.

Der stellv. Vorsitzende rief zunächst zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion Bürgeraktion auf.

An den Abstimmungen nahm sachk. Bürger Eisenblätter/SPD nicht teil.

Antragstext

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob planerische Überlegungen zur Schaffung einer neuen Rad- und Fußwege-Verbindung zwischen Pungshausstraße und Kirchhofstraße entlang der Bahnlinie in das Bauleitplan-Verfahren zum Bebauungsplan 261 einbezogen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit

2	Ja-Stimmen	(FDP, BA)
18	Nein-Stimmen	(CDU, SPD, Grüne, AfD, Herr Kalversberg)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt den als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügten städtebaulichen Entwurf des Investoren IM Mountain Blue GmbH vom Januar 2025 als Grundlage für das Aufstellungsverfahren zum Bebauungsplan Nr. 261.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung (BA)

Ohne Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss wie folgt:

Die folgende Straße in der Stadt Hilden wird gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23. September 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der z. Z. gültigen Fassung

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (§ 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NW), dem öffentlichen Verkehr gewidmet:**

Lfd. Nr.	Straße	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
1	Großhülsen	Hausnummer 2 bis Hausnummer 20	11	484, 624, 656, 1334, 1340, 1342, 1343, 1344, 1743, 1744, 1750, 1752, 1754, 1755, 1757, 1759, 1761

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Es ergab sich kein Diskussionsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss wie folgt:

Gemäß § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23.09. 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der zurzeit gültigen Fassung wird die Widmung folgender öffentlicher Verkehrsfläche als Anliegerstraße eingezogen:

Lfd. Nr.	Straße	Gemarkung Hilden	
		Flur	Flurstück
1	Teilfläche des Grundstücks Großhülsen 20	11	1756, 1758

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Teileinziehung der öffentlichen Verkehrsfläche durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

3.5 Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Bahnlinie S 17 Opladen - Solingen - Düsseldorf

WP 20-25 SV
61/206

Auf Nachfrage von sachk. Bürger Vocke erläuterte Beig. Stuhlträger die Auswirkungen der im SPNV-Zielnetz 2040 des VRR geplanten S-Bahnverbindungen auf die Anbindung der Hildener Bahnhöfe.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Machbarkeitsstudie S 17 (Opladen - Solingen - Düsseldorf) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- keine -

5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

5.1 Anfrage der AfD-Fraktion - Querung der Benrather Straße in Höhe der Poststraße

Sachk. Bürger Vocke führte aus, dass im Straßenbegleitgrün der Benrather Straße in Höhe Poststraße eine Fläche gepflastert sei, die als Querungshilfe diene. Es fehle jedoch die bei Querungshilfen üblichen Gehwegabsenkung.

Beig. Stuhlträger erläuterte, dass sich es hier nicht um eine Querungshilfe handele. Die Pflasterung sei zum Schutz des Straßenbegleitgrüns angelegt worden. Zur Querung der Benrather Straße sollte aus Sicht der Verwaltung, die in der Nähe befindlichen verkehrssicheren Übergängen genutzt werden. Eine Gehwegabsenkung werde daher nicht erfolgen.

5.2 Behindertenbeirat - Nachfrage zur Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2025

Herr Englisch fragte nach, warum sein im Zusammenhang mit der Beratung des Mobilitätskonzepts ausgedrücktes Bedauern, dass die Richrather Straße südlich der Einmündung Baustraße nicht zum Kernvorschlag Tempo 30 gehöre nicht in der Niederschrift des letzten Stadtentwicklungsausschusses aufgenommen wurde. Insbesondere der westliche Bürgersteig der Richrather Straße, der als gemeinsamer Fuß- und Radweg ausgewiesen sei, erfülle nicht die empfohlenen Anforderungen hierfür.

Herr Englich stimmte zu, dass die Protokollierung der Anfrage im Protokoll zur aktuellen Sitzung ausreichend sei.

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr

Rudolf Joseph
Vorsitzender

Birgit Kamer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter